

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Verlagspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei N. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Subskriptionspreis:** Die Wogelw. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf. Stellenangebot 10 Gelp. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatent die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachlaß. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw. die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorschrift, 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

# Reichswehr und Sowjetunion

## Dokumente aus den Reichswehrkräften

Von Franz Künstler, M. d. R.

III.

Die jahrelange enge Zusammenarbeit der deutschen Reichswehr mit der russischen Regierung machte es notwendig, daß ein ständiger bevollmächtigter Vertreter der Reichswehr in Moskau bestellt wurde. Dies war also neben dem offiziellen deutschen Botschafter eine Art illegaler Sondergesandter der Reichswehr. Dieser Vertreter hat noch im Jahre 1924 in Moskau seines Amtes gewaltet und viel dazu beigetragen, daß die militärische Unterstützung der Reichswehr durch die Sowjetunion sich reibungslos vollzog. Auch hierfür liegen die aktenmäßigen Beweise vor. Als das Waffenamt die Erweiterung des russischen Unternehmehms auf dem Gebiete des Motorenbaus forderte, erklärte sich die Firma Junkers damit einverstanden, antwortete aber:

Berlin, den 29. Februar 1924.

Herrn General Wurbacher Berlin.

Sehr geehrter Herr General!

Die Unterzeichneten haben Herrn Prof. Junkers über den Beschluß der Sondergruppe (des Reichswehrministeriums), den Vertrag erst in Moskau zu unterzeichnen, in Kenntnis gesetzt. Herr Professor hat den Auftrag gegeben, nachfolgendes vorzutragen:

Herr Professor steht in diesem Entschluß, nachdem die monatelangen Verhandlungen an sich schon eine verhängnisvolle Verzögerung bedeuteten, eine ernste Gefährdung der gemeinsamen Interessen in Deutschland und Rußland.

Herr Professor bittet daher Herrn General, eine Entscheidung dahingehend zu treffen, daß der Vertrag hier unterzeichnet wird. Um jedoch die Sondergruppe betreffend der russischen Verhältnisse nicht zu einem fait accompli zu nötigen, hat Herr Professor die Unterzeichneten ermächtigt, trotz der schwersten Bedenken, die er gegen ein solches Verfahren hat, einen Passus in dem Zusatzvertrag zuzustimmen, wonach der Motorenauftrag erst dann Gültigkeit haben soll, wenn er durch den Vertreter der Sondergruppe (des Reichswehrministeriums) in Moskau erneut bestätigt wird. Für den Fall, daß eine solche Bestätigung dadurch nicht eintreten kann, daß die Russen ihren Verpflichtungen Junkers gegenüber nicht nachkommen sollten, behält sich Herr Professor jede Handlungsfreiheit vor.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: S. und B.

Der Inhalt dieses Briefes wird bestätigt und erweitert durch folgendes weitere Schreiben:

Berlin, den 2. März 1924.

Herrn Oberst Thomsen Berlin.

Hochverehrter Herr Oberst!

Gestern mittag bin ich aus München zurückgekommen. Herr Oberst werden aus dem Brief, den wir von München aus an Herrn General Wurbacher schrieben, erfahren haben, wie die Angelegenheit von Herrn Professor beurteilt wird.

Ich darf hinzufügen, daß es sehr ernste Kämpfe gelöst hat, Herrn Professor zu diesem letzten Kompromiß zu bringen. Herr

Professor betont immer wieder, daß wir uns mit diesen Kompromissen auf den falschen Weg begeben haben und daß er nicht nur seinem Werk gegenüber, sondern im allgemeinen deutschen Interesse unmöglich zulassen könne, nachdem er alle die Opfer in Rußland gebracht hat, daß die Angelegenheit so von der Sondergruppe behandelt wird. Aus allem, was Herr Hauptmann Vogt Herrn Dr. Betsel gesagt hat, geht das eine hervor,

daß Vogt beabsichtigt, in Rußland dahin zu wirken, daß sein Plan, Junkers und BMW schon im ersten Stadium zu kuppeln, von den Russen unterstützt wird.

Je klarer uns das wird, um so mehr müssen wir darauf drängen, daß uns in dieser Frage Sicherheiten gegeben werden. Und diese Sicherheiten haben wir nur dann, wenn der Vertrag hier unterzeichnet wird, wobei wir, wie schon in dem Brief an Herrn General zum Ausdruck gebracht ist, den Ansichten der Sondergruppe (des Reichswehrministeriums) insofern Rechnung tragen wollen, als wir bereit sind, einen Passus in den Zusatzvertrag aufzunehmen, wonach der Motorenauftrag erst dann Gültigkeit hat, wenn er in Moskau von dem bevollmächtigten Vertreter der Sondergruppe (des Reichswehrministeriums) bestätigt wird. Sachlich ändert sich tatsächlich also an dem, was die Sondergruppe will, nichts, und wir würden, wenn General Wurbacher auch diesen Vorschlag ablehnt, darin erneut die Absicht von Herrn Hauptmann Vogt erblicken, uns, wenn wir nicht mit dem BMW sofort zusammenarbeiten, in der Motorenfrage auszuschalten.

Ich wende mich daher an Herrn Oberst mit der ergebenen Bitte, bei den Herren Generals Hoffe und Wurbacher doch dahin zu wirken, daß man uns die Mitwirkung bei den Verhandlungen in Moskau nicht dadurch unmöglich macht, daß dieser Vorschlag abgelehnt wird.

Mit bestem Gruß bin ich Ihr sehr ergebener  
gez.: Sasseberg.

Auf dieser organisatorischen und juristischen Plattform baute sich die weitere Unterstützungsarbeit der Sowjetunion für die Reichswehr auf. Artilleriemunition, im Volksmund Sowjetgranaten genannt, Maschinengewehre, Infanteriemunition wurden nach Deutschland geliefert. Giftgas in Rußland produziert.

Angelehnt der Fülle dieser fürsorglichen Maßnahmen fragt man sich verblüfft, warum eigentlich die russische Regierung so heftig gegen den Bau deutscher Panzerkreuzer wehrt, da sie doch fast alle anderen Waffengattungen der deutschen Reichswehr aus russischen Beständen verstärkt und ausgerüstet hat.

## Das Echo von Moskau

### Solenne Brüchigkeit im Bezirksvorstand der SPD

SPD Essen, 9. Oktober.

In einer Bezirksleitungssitzung der Kommunistischen Partei des Ruhrbezirks, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bis 4 Uhr morgens dauerte und in der die Beteiligten kurz vor einer Brüchigkeit standen, wurden — nach einer Meldung der Essener Volksmacht — die Verhältnisse der SPD in Ruhrbezirk besprochen. Der erst vor wenigen Wochen eingetroffene neue Chefredakteur des Ruhrgebietes hin; er wurde deshalb freilich entlassen. Die anwesenden Sekretäre begründeten seine Entlassung mit der Behauptung, daß er die Parteiarbeit stören wolle.

## Generallstreik in Polen?

WVB Warschau, 10. Oktober.

Der große Ausstand in der Lodzer Textilindustrie ist heute in ein gefährliches Stadium getreten. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben den von der Regierung gemachten Kompromißvorschlag, eine Lohnserhöhung von 5 Prozent, als ungenügend abgelehnt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Streik mit dem heutigen Tag durch die Abberufung der noch in den Fabriken arbeitenden Wächter, Geizer und Maschinenisten zu verschärfen. Weiter hat die Gewerkschaft der Lodzer Textilarbeiter beschlossen, eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaftsvertreter zwecks Ausrufung des Generallstreiks in Lodz und Umgebung einzuberufen zu lassen. Es besteht in Lodz die Absicht, den Generallstreik sowohl als nur möglich auszudehnen. Nicht nur Straßenbahn, Elektrizitätswerte und Gasanstalt, auch die städtischen Schlachthäuser sollen den Betrieb einstellen. Der sozialistische Robotnik richtet im Zusammenhang mit dem Lodzer Streik einen außerordentlich scharfen Angriff gegen den Klassenegoismus der polnischen Industriellen. Polen werde sich nicht auf der Höhe einer zeitgemäßen europäischen Wirtschaft erhalten können, wenn die kapitalistische Willkür und Anarchie weiter andauern sollte.

## Tschangkaischel Staatspräsident

SPD Berlin, 10. Oktober. (Radio.)

General Tschangkaischel ist zum Staatspräsidenten der Republik China ernannt worden.

## Doch Landtagsauflösung in Thüringen?

SPD Weimar, 9. Oktober.

Da bis zum Dienstag die Verhandlungen des volksparteilichen Abgeordneten Bauer zur Neubildung der Regierung ergebnislos verlaufen waren, hat Landtagspräsident Leber den thüringischen Landtag auf Dienstag, den 16. Oktober, zur Beratung einiger eiliger Vorlagen einzuberufen.

Die Schwierigkeit der Bildung einer bürgerlichen Regierung liegt vor allem bei den Nationalsozialisten; diese Gruppe will nicht, daß der Demokrat Krüger ein Ministerium erhält. Sie droht daher mit Zustimmung zu Anträgen auf Landtagsauflösung. Da zur Mehrheit nur noch zwei Stimmen fehlen, würden die antisemitischen Stimmen genügen, um den Landtag aufzulösen. Eine bürgerliche Regierung ist in Thüringen also nur bei Wohlwollen der Nationalsozialisten zu bilden und zu halten.

## Venzelos in Belgrad

SPD Belgrad, 10. Oktober.

Venzelos ist am Dienstagmittag in Belgrad eingetroffen und vom Ministerpräsidenten Koroschek begrüßt worden. Venzelos gedenkt zwei Tage in Belgrad zu bleiben und dort die Verhandlungen, die er in Paris mit dem Außenminister Marinowitsch begonnen hatte, weiterzuführen.

In hiesigen griechischen diplomatischen Kreisen wird behauptet, daß Venzelos die durch Pangalos unterfertigte, aber griechischerseits nicht ratifizierte Konvention zur Verhandlungsgrundlage genommen habe.

## Effibrief und Volksentscheid

Das Präsidium des Effi schlägt dem ZA der SPD daher vor: Gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung der leitenden Organe des ZA (Pol. Bureau, Sekretariat, Redaktion der Roten Fahne) vorzunehmen, um Garantien zu schaffen gegen die Möglichkeiten derartiger Beschlußfassungen.

So heißt es in dem neuen Effibrief, der in Verbindung mit der Rehabilitation Leddy Thälmanns dem Zentralkomitee der deutschen Kommunisten übermittelt worden ist. Der Führer von Rot Front, der Chef verschiedener russischer Regimenter, wird nunmehr alle Kräfte spielen lassen, um diesem Diktat des Effi zu entsprechen. Heulen und Zähneklappern bei den Rechten und in der Gruppe der „Versöhnlichen“, der Ewerleute, wird die Folge sein, und ein Vorpiel dieser Aktion ist bereits die solenne Brüchigkeit, die sich, wie an anderer Stelle berichtet wird, am Sonntag, während der frühesten Morgenstunden, in einer Bezirksleitungssitzung der SPD des Ruhrbezirks ereignet hat.

Der Effibrief verlangt, daß der Kampf gegen alle aufgenommenen werden müsse, die als „politische Gegner innerhalb des ZA“ zu bezeichnen sind. „Politische Gegner“ in den Reihen der SPD, das ist eine Feststellung, die Bände spricht und aus der sich ersehen läßt, welchen Verlauf die Reinigungsaktion Thälmanns nehmen wird. In einem Begleitaufsatz, der in der Roten Fahne neben dem Effibrief zum Abdruck kam, wurde festgestellt, daß das ZA einem „ordinären Fraktionsmanöver zum Opfer gefallen“ sei. Das Fraktionsmanöver wurde von den „Versöhnlichen“ unter Führung der Ewert und seiner Freunde inszeniert, und die politischen „Leuchten“ des ZA haben sich, nach dieser Darstellung des Effi, kurzerhand von den „Versöhnlichen“ einwickeln lassen. Das zeugt von den „hohen“ politischen Fähigkeiten dieser Leute, denen jedes eigene Urteilsvermögen fehlt. Eine Reihe dieser tapferen Helden haben ihren „Fehler“, die Korruption innerhalb der SPD offiziell anzuerkennen, bereits „eingesehen“, und um nicht der Ungnade Leddy Thälmanns zu verfallen, haben sie, wie schon berichtet, öffentlich Abbitte getan.

Damit freilich wird der Reinigungsprozeß, den Thälmann durchführen muß, nicht aufgehalten, und davon dürfen auch die SPD-Größen des Leipziger Bezirks nicht ausgenommen sein. In Leipzig, wenigstens im Umkreise des Pol. Bureaus, dominiert das „Versöhnlerium“, Georg Schumann gehört der versöhnlichen Richtung an, die wiederum im engsten Bunde mit den Rechten steht, die in Paul Wötter, den einst Unentswegenen, einen prominenten Vertreter hat. Zuletzt waren die „Versöhnler“ nur die Marionetten der Brandleute, und diese haben bei der entscheidenden Sitzung über die Enthebung Thälmanns das entscheidende Wort geführt. Das Effi befehlt zwei dieser Leute, Hausen und Gerhards — der erst in diesen Tagen fulminante Aufsätze über das Volksbegehren schrieb — mit einem Bannstrahl eigener Art. Hausen und Gerhards sind damit endgültig kaltgestellt, aber mit den beiden werden gleichzeitig Duzende weiterer Häuptlinge den Weg in das ewige Nichts beschreiten müssen.

Der Effibrief bemerkt, daß das Fraktionsmanöver der „Versöhnler“ um so mehr zu verurteilen sei, als es unternommen wurde in einer Zeit, wo der Kampf gegen die SPD in Form des Volksbegehrens alle Kräfte binden müssen. Die Kampagne der SPD gegen die Sozialdemokratie sei durch die „Schmutzkampagne gegen den Genossen Thälmann“ behindert worden. Das haben die „Versöhnler“ gleichermaßen eingesehen. Die Bezirksleitung der Wasserfante kommentierte die bekannte Erklärung der 25 mit einem besonderen Beschluß, der etwa in der Tonart gehalten ist: „Stille, stille, vorläufig kein weiteres Geräusch gemacht“. Einige der Hauptwortführer im Kampfe gegen die Thälmann-Korruption waren vom Halleischen Bezirk entsandt. Halle war derzeit der Vorposten der Bolschewisierungskampagne. Gegen die Halleischen Vertreter im ZA wurde von den Thälmannianern mit besonderem Nachdruck scharf gemacht. Die Halleische Bezirksleitung aber scheint sich nicht unterwerfen zu wollen, wenigstens geht das aus einer Resolution hervor, die durch die Bezirksleitung gefaßt worden ist. Sie lautet folgendermaßen:

Die engere Bezirksleitung ist sich darüber klar, daß diesen für die Partei gefährlichen Erscheinungen tiefere politische Ursachen zugrunde liegen. Indem die engere Bezirksleitung noch einmal feststellt, daß die politische Linie, wie sie vom Essener Parteitag und vom letzten Weltkongreß festgelegt wurde, richtig ist, weiß die engere Bezirksleitung auch darauf hin, daß die Methoden des innerparteilichen Kampfes in der SPD, wie sie in der letzten Zeit in einem immer größeren Umfange angewandt wurden, Gefahren in sich bergen, die solche Erscheinungen begünstigen. Die entsprechend der jeweiligen Lage richtige bolschewistische Anwendung der innerparteilichen Demokratie in der SPD, die auf dem Boden des demokratischen Zentralismus steht, der Förderung einer offenen und kritischen Kritik durch die Mitgliedschaft, die Auswahl, Bestimmung und Kontrolle der leitenden Funktionäre der Partei durch die Mitgliedschaft ohne Verletzung des Bestätigungsrechtes durch das ZA und ohne Verletzung der Parteizucht ist eine wichtige politische Lehre.

Die Halleische Bezirksleitung stellt demzufolge fest, daß den letzten Vorgängen, den „gefährlichen Erscheinungen“ tiefere